

Einladung (29. April 2026)

Londoner Internationales Antikriegs-Meeting Vorbereitungskonferenz am 30. Mai 2026, 14 bis 20 Uhr, in Berlin-Mitte

Die Gefahr droht unmittelbar.

Wir kennen die Fratze des Krieges nach dem Völkermord in Palästina, den Millionen live mitverfolgt haben.

Dieser Völkermord dauert auf Grund der Komplizenschaft westlicher Regierungen an, die sich weigern, Maßnahmen zu ergreifen, um ihn zu stoppen. Dieselben Regierungen haben sich aktiv gegen den Frieden in der Ukraine ausgesprochen, einem Krieg, der 1,5 Millionen Tote und Verwundete unter Ukrainern und Russen gefordert hat.

Sie erhöhen ständig die Militärausgaben der NATO und beginnen, die Jüngsten zu rekrutieren, um sie in die Katastrophe zu stürzen.

Das Gerede vom Krieg hat sich in ganz Europa zu aktiven Kriegsvorbereitungen entwickelt.

Die arbeitende Bevölkerung sieht, wie das Geld, das für die Wiederherstellung ihres kaputten Gesundheitssystems, ihrer Verkehrsinfrastruktur, ihres Bildungswesens und ihres Wohnungsbaus ausgegeben werden sollte, in den Taschen ohne Boden der Rüstungskonzerne verschwindet, deren Gewinne schneller denn je steigen.

Familien, die seit Generationen keine Wehrpflicht mehr kennen, hören nun mit Angst, wie Militärführer und Politiker warnen, dass ihre Söhne und Töchter bereit sein müssen, zu kämpfen und zu sterben. Das falsche Versprechen von Ar-

beitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist eine Falle für die Arbeiterklasse. Diese Waffen schaffen die unproduktivsten Arbeitsplätze, aber die effektivsten, wenn es darum geht, Leben zu vernichten.

Sie werden die Körper der jungen Menschen auf Schlachtfeldern zerfetzen, deren Schrecken alles bisher Dagewesene übertreffen werden.

Wie der französische Schriftsteller Anatole France zur Zeit des Ersten Weltkriegs sagte:

**„Ihr glaubt, ihr sterbt für euer Land,
aber ihr sterbt für die Industriellen.“**

Die Gefahr droht unmittelbar und wir müssen Alarm schlagen. Es ist die Pflicht jeden Bürgers, besonders der Arbeiterbewegung, den Frieden, die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie die für die Gesellschaft und für den Planeten nützlichen Arbeitsplätze zu verteidigen.

Es ist unsere Aufgabe, den neuen Kriegsherren zu sagen: Wir werden für die Aufrüstung, die unsere Welt gefährdet, weder bezahlen noch diese akzeptieren.

Wir sagen: **Nehmt die Waffen runter!**

Erhöht die Löhne! Wohlstand! Kein Krieg! Arbeitsplätze! Keine Kriegsdienstpflicht!

Auf der Pariser Antikriegskonferenz im Oktober 2025, an der Tausende von Bürgern, Gewerkschaftern, Politikern und Friedensaktivisten teilnahmen, begannen wir, Alarm zu schlagen und uns für den Frieden zu organisieren. Aufbauend auf diesem Erfolg und dem Widerstand der Völker, die bereits die Fratze des Krieges und damit rassistische Spaltungen, die er fördert, zurückgeschlagen haben, treffen wir uns am 20. Juni 2026 erneut zu einer internationalen Kundgebung in London. Wir laden alle Studierenden und Arbeitnehmer*innen, alle Gewerkschafter*innen und Antikriegsaktivist*innen ein, daran teilzunehmen.

Wir werden den Abstieg in Chaos und Krieg, die einzige Er rungenschaft der Präsidentschaft Trumps, nicht akzeptieren. Wir lehnen die Kriegstreiberei der europäischen Staats- und Regierungschefs ab, die die militärische Aggression gegen Venezuela unterstützt haben. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit dem venezolanischen Volk und den Völkern aller Länder, die von Trump und seinen Verbündeten bedroht werden. Wir fordern die Freilassung des Präsidenten von Venezuela

und seiner Frau, die von der US-Regierung entführt wurden.

US-Präsident Donald Trump, der diese neue Eskalation des Kriegs herbeigeführt hat, verfügt über internationale Netzwerke von rechtsextremen Kriegstreibern und Chauvinisten. Er wird von den Regierungschefs in Europa und weit über Europa hinaus dafür umschmeichelt.

Wir müssen unser eigenes internationales Netzwerk aufbauen, das sich für den Frieden einsetzt, sich gegen das wiederbelebte imperialistische Projekt der USA stellt und für den Lebensunterhalt, ja sogar für das Leben der arbeitenden Bevölkerung kämpft.

Wir wollen Frieden. Wir sagen Nein zu Aufrüstung, Nein zur Kriegsdienstpflicht und Ja zu gut finanzierten Gesundheits-, Bildungs- und öffentlichen Dienstleistungen, menschenwürdigen Arbeitsplätzen und höheren Löhnen.

**Kommen Sie am 20. Juni 2026 um 12 Uhr
zur Westminster Central Hall in London.**



John Rees, Großbritannien

John Rees ist Mitbegründer von Stop the War



»Vorbereitungen für die Kundgebung in London: Es ist an der Zeit, uns eine Frage zu stellen: Was müssen wir noch tun? Es gibt zwei mögliche Richtungen.

Die erste ist die internationale Mobilisierung. Sie wird zwangsläufig wirksamer sein, wenn wir uns auf internationaler Ebene organisieren, anstatt Land für Land. Doch noch wichtiger ist: Wie kann diese Bewegung in der organisierten Arbeiterbewegung verankert werden?

Es ist bemerkenswert zu sehen, wie italienische Hafenarbeiter sich weigern, Waffen zu verladen. Ich hatte das Glück, mitzuerleben, wie sich ihr Netzwerk in ganz Europa ausbreitete, um den Versand von Waffen nach Israel zu verhindern.

Und die Erfolge der Pariser Konferenz verdienen Anerkennung. Ich zolle den französischen Genoss*innen, die diese Initiative ergriffen, den Saal in Paris gefüllt und die Zweifel vieler Gewerkschaften – in Frankreich und anderswo in Europa – überwunden haben, meine größte Anerkennung. Diese Konferenz war ein kollektiver Schritt vorwärts bei der Organisation militanter Aktionen auf europäischer Ebene. Delegierte kamen aus ganz Europa und sogar aus den Vereinigten Staaten.

Wir wollen diesen Prozess nun in London fortsetzen und vertiefen. (...)

Die Aufgabe lässt sich einfach formulieren: die internationale Solidarität der Arbeiterklasse gegen Sparpolitik und gegen Imperialismus wiederaufbauen. Es gibt keine wichtigere Aufgabe.

Wir haben in Paris einen großartigen Anfang gemacht. Wir müssen dafür sorgen, dass London auf diesem Anfang aufbaut.

Gemeinsam mit den internationalen Gewerkschaftsorganisationen, mit den Arbeitern, mit der Linken und mit der antiimperialistischen Bewegung können wir eine europäische und weltweite Mobilisierung gegen den Krieg aufbauen – in jeder Gewerkschaft, an jedem Arbeitsplatz und in jeder Arbeitergruppe. Das ist unser Ziel. Es ist eine gewaltige Aufgabe.

Aber wir haben begonnen. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist. (...)

Alex Gordon, Großbritannien

Alex Gordon ist ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft RMT (Eisenbahn-, See- und Transportarbeiter)



»Trotz der offensichtlichen Begeisterung von Generälen, Waffenhändlern und bürgerlichen Politikern, die öffentlichen Ausgaben – in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Infrastruktur – zu kürzen, um die steigenden Militärausgaben zu finanzieren, ist es noch keiner europäischen Regierung gelungen, ihre Bevölkerung davon zu überzeugen, den Aufbau einer Kriegswirtschaft zu akzeptieren. Sie befinden sich in der Defensive.

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass dieser Prozess unvermeidlich oder unumkehrbar sei. Der Kampf, den wir führen, ist ein Kampf zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften, die unsere Klasse im Laufe eines Jahrhunderts des Kampfes errungen hat.

Wir dürfen niemals die Vorstellung aufgeben, dass wir die öffentlichen Dienste gegen diejenigen verteidigen können, die sich durch den Waffenhandel bereichern wollen. (...) Die Politiker, die diese Poli-

tik vertreten – Keir Starmer, Friedrich Merz und Emmanuel Macron – verzeichnen heute die niedrigsten Beliebtheitswerte in der jüngeren Geschichte für amtierende Regierungschefs in ihren jeweiligen Ländern.

Dies zeigt das Scheitern der europäischen herrschenden Klassen, für den Aufbau eines Kriegsstaates die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.«

Auf der Jahreskonferenz von „Stop the War“, die am 14. März in London stattfand.

Peter Eisenstein, Norwegen

Peter Eisenstein ist stellv. Vorsitzender der Partei Fred og Rettferdighet (FOR), Ehrenpräsident der ASRA (Europäische Allianz zur Verteidigung der palästinensischen Gefangenen)



»Wir leben in einer polarisierten Welt. Ein Drittel glaubt den Unsinn, den man uns erzählt, ein Drittel hat aufgegeben, und das letzte Drittel hat sich für nationalistische Lösungen entschieden, die wir schon mehrmals gesehen haben. Informationen werden manipuliert, um unseren Verstand zu kontrollieren, und Technologie wird missbraucht, um unser Verhalten zu steuern – und das alles im Dienste der Rüstungsindustrie.

Immer mehr von uns werden sich der Realität des Krieges bewusst – und erkennen, dass der Preis, den wir zahlen, nicht in Geld gemessen werden kann, sondern in verlorenen Leben, zerstörten Familien und aufgeschobenen Träumen. Alle Wege führen in den Krieg – und nichts ist wichtiger, als diesen Lauf in diese Richtung zu stoppen.

Frieden ist nicht die Abwesenheit von Krieg, sondern die Abwesenheit von Kriegsvorbereitungen. Gerade bei den Kriegsvorbereitungen verlieren wir die menschlichen Werte aus den Augen und stellen fest, dass es für das, was wir geschaffen haben, nur ein einziges Ende gibt.

Deshalb findet im Juni dieses Jahres in London das zweite Internationale Treffen gegen den Krieg statt. Wir müssen mit einer Botschaft und einem Plan ankommen, an dem wir uns beteiligen können. Wir müssen lernen, mit einer Stimme gegen diejenigen zu sprechen, die uns spalten wollen. Nehmen Sie an unserer ganztägigen Konferenz am 30. Mai in Berlin teil, um sich auf das Antikriegstreffen im Juni vorzubereiten. Wir müssen lernen, uns auf den Frieden vorzubereiten.«

Vorbereitungskonferenz am 30. Mai 2026, 14 bis 20 Uhr, in Berlin-Mitte

Mit:

- **Peter Eisenstein**, Norwegen, stellv. Vorsitzender FOR, Ehrenpräsident der ASRA (Europäische Allianz zur Verteidigung der palästinensischen Gefangenen)
- **Dr. Raif Hussein**, palästinensischer Publizist
- **Kollegen und Kolleginnen aus der Ukraine und Russland**

Wir diskutieren des weiteren mit:

- **Jörn Rieken**, IG BAU
- **Ralf Krämer**, Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW)
- **Gökhan Akgün**, GEW-Vorsitzender, Berlin
- **Cem Ince**, Betriebsrat VW, MdB, Die Linke

- **Brigitte Klein**, GEW, Heilbronner Friedensrat
- **Andrea Hornung**, Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)
- **Jonas Winkler**, Studierende gegen Sozialabbau und Krieg, ISA

- **Josephine Thyrêt**, Vivantes-Betriebsratsvorsitzende, Co-Vorsitzende BSW-Berlin
- **Mario Kunze**, Vivantes-Betriebsrat
- **Prof. Dr. med. Andreas Umgelter**, Arzt, Vivantes
- **Carl Waßmuth**, Gemeingut in BürgerInnenhand

Die Konferenz beinhaltet vier Blöcke:

Beim **Forum International** wollen wir mit den eingeladenen Kollegen aus anderen Ländern diskutieren, wie London ein Schritt werden kann, uns international zu vereinen.

Beim **Forum Gewerkschaft** wollen wir über betriebliche und gewerkschaftspolitische Ansätze sprechen, um den Widerstand gegen die Zeitenwende in den Betrieben und auf politischer Ebene zu verstärken.

Beim **Forum Jugend** wollen wir über den Kampf gegen die Wehrpflicht und für eine Zukunft der Jugend diskutieren.

Beim **Forum Gesundheit** geht es um die Abwehr der Militarisierung des Gesundheitswesens und die Verbesserung zivilen gesundheitlicher Leistungen.

Es laden ein (für den Vorbereitungsausschuss):

- **Britta Brandau**, ver.di
- **Armin Duttine**, ver.di, LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin in der Linken
- **Ulrike Eifler**, BAG Betrieb und Gewerkschaft in der Linken
- **Gotthard Krupp**, ver.di, Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW)

Hinweis: Angaben zu Organisation und Funktion der Teilnehmenden dienen lediglich der Information.

Anmeldung

zur Vorbereitungskonferenz am 30. Mai per E-Mail an: GotthardKrupp@t-online.de oder über den nebenstehenden QR-Code.

Eine Bestätigung und Benachrichtigung über den Veranstaltungsort erfolgt zeitnah nach der Anmeldung.

Teilnahmekosten entstehen nicht, um Spenden wird gebeten (siehe Seite 6).

Aktualisierter Ablaufplan der Konferenz (Änderungen vorbehalten) **und weitere Informationen auf der Webseite**
<https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info/2026/03/27/save-the-date-berlin-30-mai-14-bis-20-uhr/>



Während der Vorbereitungskonferenz am 30. Mai:

Live-Schaltung zur Demonstration gegen die Raketenstationierung in Wiesbaden und Grafenwöhr



Gespräch mit Reiner Braun, International Peace Bureau (IPB)

»Mittelstreckenwaffen sind Angriffswaffen und erhöhen die Kriegsgefahr. Auch wenn die Mittelstreckenwaffen nicht atomar bestückt werden, erhöhen sie die Gefahr einer Eskalation hin zum Atomkrieg.«

... und mit Ann Wright (USA)

Oberst der US-Armee (im Ruhestand) und US-Diplomatin; Vorstandsmitglied von CODE-PINK, eine feministische Basisorganisation, die sich für die Beendigung der US-Kriege und des Imperialismus einsetzt, für die Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsinitiativen und die Umleitung von Ressourcen in Gesundheitsversorgung, Bildung, grüne Arbeitsplätze und andere lebensbejahende Programme einsetzt.



Wir unterstützen das Internationale Meeting in London...



Ulrike Eifler, Gewerkschafterin

»Kürzlich gingen in Rom 300.000 Menschen gegen den Krieg auf die Straße, in London 500.000 und in den USA sogar 8 Millionen. Diese inspirierenden Gegenproteste zeigen, dass die Welt zwar voller Gefahren ist, die Bereitschaft zum Widerspruch aber wächst.

Deshalb werde ich am 20. Juni an der internationalen Friedenskonferenz in London teilnehmen, zu der sich Tausende Gewerkschafter und Friedensaktivisten versammeln werden.

Die wachsende Kriegsgefahr weltweit sollte uns dazu anspornen, unsere internationalen Aktivitäten mit gleicher Geschwindigkeit zu vernetzen. Eine international agierende Friedensbewegung wird mehr sein als die Summe ihrer nationalen Bewegungen. Sie wird ein wirksames Instrument sein, um Kriegstreiber und Militaristen gemeinsam zu stoppen.«

Ulrike Eifler ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in der Linken



Britta Brandau, Gewerkschafterin

»Es geht darum die Welt zu verändern. Jetzt und nicht später. Deshalb auf nach London!

Dafür brauchen wir zwingend klare Aussagen wie z.B. im Antikriegs-Kongressbeschluss „Löhne, keine Waffen“ des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC vom September 2025. Nicht nur in Großbritannien, sondern auch bei uns werden die öffentlichen Dienstleistungen, öffentliche Güter und die Kerninfrastruktur (...) chronisch vernachlässigt. Dies schadet den arbeitenden Menschen und der Gesamtbevölkerung, hält Gewerkschaften nieder und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wir sagen „Nein“ zu Kriegsvorbereitungen unserer Bundesregierung Merz/Klingbeil. (...)Die kriegsvorbereitende Politik lehnen wir ab. (...) Wir sagen "Nein" und kämpfen in der Tradition der Arbeiterbewegung für Frieden und gegen Militarisierung. Jetzt und nicht später. Handeln wir gemeinsam, organisieren wir uns weltweit und mit vereinten Kräften für unseren Sozialstaat und gegen einen Militärstaat; für ein solidarisches Miteinander und gegen die skrupellose Unmenschlichkeit. Hoch lebe die internationale Solidarität!«

Britta Brandau ist Mitglied im ver.di Gewerkschaftsrat und Mitglied der Partei Die Linke



Armin Duttine, Gewerkschafter

»Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer mehr Kriege werden gegen das Völkerrecht provoziert und auch in Deutschland und Europa steigt die Kriegsgefahr.

Zur Finanzierung des Krieges werden massive soziale Kürzungen vorbereitet und die Menschen werden alleine gelassen bei den aktuell verschärften Preissteigerungen durch den Krieg gegen den Iran.

Die Gegenwehr der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau muss deutlich verstärkt und orientiert werden gegen die Aufrüstung.

Die internationale Solidarität und der Kampf gegen den Krieg gehört zu den Ursprüngen der internationalen Arbeiter:innenbewegung. Lasst uns an diese Tradition wieder konkret anknüpfen.

Deshalb ist die Teilnahme an den Friedenskonferenzen und -aktionen in Berlin und London für mich so wichtig.«

Armin Duttine ist Gewerkschafter und aktiv in der Partei Die Linke

Felicitas Von Der Burg, Mitglied ver.di Bezirksvorstand Frankfurt

»Mein Name ist Felicitas Von Der Burg und ich habe schon in meiner Jugend mich massiv für Abrüstung und gegen die Stationierung von Pershing Marschflugkörpern eingesetzt. Ich habe viele gewerkschaftliche Ehrenämter über die vergangenen Jahre auf allen Ebenen der ver.di inne. Meine Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit führte mich auch zu europäischer und internationaler gewerkschaftlicher Arbeit im Transportsektor und erweiterte meinen Blick aufs Wesentliche in der Welt noch einmal auf ganz andere Weise. Ohne die Basis Frieden vor Ort und in der Welt können wir uns nicht wirklich wirksam für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen. Der Abbau des Sozialstaats, der Gesundheitsversorgung der Bildung- und Aus-

bildungsbedingungen zu Gunsten von Remilitarisierung, wiederholter Stationierung von Mittelstreckenraketen führt die Gesellschaft in eine fatal verkehrte Richtung. Da bleibt kein Geld um den blauen Planeten für uns zu bewahren.

Die einzige Gegenwehr ist, notwendige Aufklärung, Vernetzung und Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene. Deshalb ist das Unterzeichnen und eine finanzielle Unterstützung des Appells und die Beteiligung auf der Konferenz in London so wichtig.

Auf nach London, lasst uns zusammen stehen! Ich hoffe sehr, wir sehen uns in London!«

Klaus Zwickel, Gewerkschafter

»Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus, das war der Auftrag der Kolleginnen und Kollegen am Ende des 2. Weltkriegs, die im Konzentrationslager Buchenwald von den Nazis gequält wurden – diese Barbarei sollte nicht noch einmal passieren.

Und heute?

Chaos und Barbarei gehören zum Alltag der Menschen in der Ukraine, in Gaza und jetzt im Iran und Libanon. Dazu kann es kein Schweigen geben, denn das bedeutet, dass das Töten, die Kriegsführung akzeptiert wird.

Der deutsche Bundeskanzler Merz macht sich mitschuldig an der Barbarei – er liefert die Waffen an den israelischen Premierminister Netanjahu, er lässt die US-Bomber von dem größten US-Stützpunkt in Europa, von Ramstein, abheben. Nein – das ist völlig inakzeptabel – es steht im Widerspruch zum Grundgesetz, das uns Deutsche daran erinnert, „dass Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... verfassungswidrig sind. (Artikel 26)“.

Als Gewerkschafter, als Metaller, als ehemaliger Vorsitzender der europäischen Automobilarbeiter unterstütze ich daher die Konferenz in London, die hervorgegangen ist aus der Anti-Kriegskonferenz in Paris.

Die englischen Gewerkschaften rufen uns - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter - auf, nach London zu kommen, denn „angesichts der sich verschlechternden internationalen Lage und des Aufstiegs der extremen Rechten in Europa ist es notwendig, die internationalen Beziehungen zwischen Gewerkschaftern, Friedensbewegungen und progressiven Kräften zu erweitern und zu vertiefen“. Und sie stellen fest, „die Völker Europas fordern Frieden“ und „Löhne statt Waffen“, „Soziale Sicherheit statt Krieg“, wie es im **Aufruf zur Londoner Konferenz** heißt.

Notwendig und von größter Dringlichkeit ist, dass sich die Gewerkschaften in jedem Land und europäisch, ja international vereinen, gegen Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Daher rufe ich meine Kolleginnen und Kollegen auf, unterstützt die Londoner Konferenz gegen den Krieg, diskutiert darüber, fährt mit nach London.«

Fabio De Masi, Europaabgeordneter (BSW)

»Die Welt steht am Abgrund und die Führung Europas hängt am Rockzipfel Donald Trumps.

Nach dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine und dem Genozid in Gaza droht nun der ganze Nahe Osten mit den Angriffen der USA und Israels auf Iran in Flammen aufzugehen.

Das Risiko eines Nuklearkrieges war nie größer.

Die Rechnung von Preisschocks, Kriegsinfektion und Hochrüstung werden die arbeitenden Menschen bezahlen!

Die Jugend wird in die Schützengräben getrommelt!

Es ist daher überfällig, dass sich die Kräfte für Frieden international verbünden und wehren!«

Fabio de Masi ist Co-Vorsitzender des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Andrea Hornung, SDAJ

»10.000e Schülerinnen und Schüler streiken gegen die Wehrpflicht. Denn die große Mehrheit der Jugendlichen ist gegen die Wehrpflicht. Und trotzdem führt die Regierung den verpflichtenden Kriegsdienst ein. Wenn wir die Wehrpflicht verhindern wollen, dann gibt es nur einen Weg, das zu tun: Wir müssen dafür kämpfen.

Wenn wir die Wehrpflicht verhindern wollen, können wir uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen.

Die Regierungen bereiten die Kriege vor, die Konzerne verdienen an ihm, wir sind die, die die Kriege verhindern können. Deshalb nehme ich an der Friedenskonferenz am 30. Mai in Berlin teil.«

Andrea Hornung ist Vorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)

Klaus Zwickel war Vorsitzender der IG Metall von 1993 bis 2003 und ehem. Vorsitzender der Europäischen Automobilarbeitervereinigung



Wir unterstützen das Internationale Meeting in London...



Dr. Andreas Stiegele

Dr. Andreas Stiegele ist Mitglied der SPD und Rechtsanwalt

»Die völkerrechtswidrigen Kriege Trumps gegen den Iran und Netanjahus gegen den Libanon stürzen die ohnehin vom Ukraine- und Gaza-Krieg geschundene Welt vollends ins Chaos. Profiteure dieser Kriege sind vor allem die Rüstungskonzerne. Die Kosten aber hat die arbeitende Bevölkerung mit Tod, Leid und massivem Sozialabbau zu tragen. Schon Karl Liebknecht schrieb dazu 1907: „Für den Kapitalismus ist der Krieg, um Moltkes Worte zu gebrauchen, ‚ein Glied in Gottes Weltordnung‘.“ Die Regierung Merz unterstützt – wie andere europäische Regierungen – diesen Kriegskurs durch massive Aufrüstung, Waffenlieferungen und indem sie den amerikanischen Streitkräften ermöglicht, deutsche US-Stützpunkte (vor allem Ramstein) für den Irankrieg zu nutzen. Und die SPD, der ich seit über 50 Jahren angehöre, unterwirft sich dieser Kriegspolitik und gibt dadurch ihre historische Mission

als Friedenspartei auf.

Unser Kampf gegen diese Kriegspolitik auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist daher wichtig und grundlegend. Deshalb bin ich aktiv im „Heilbronner Friedensrat“ und in der SPD-Mitgliederinitiative „Mehr Diplomatie wagen“.

Aber die Rüstungskonzerne und die die „Kriegstüchtigkeit“ vorantreibenden europäischen Regierungen gehen längst europäisch und international abgestimmt vor. Ich unterstütze daher die von zahlreichen Gewerkschaften und Aktivisten der Arbeiter- und Antikriegs-Bewegung getragene Antikriegs-Konferenz in London am 20. Juni als überfällige Antwort hierauf.

Der Konferenzaufruf gibt dabei ein meiner Meinung nach wichtiges Ziel vor: „Wir müssen unser eigenes internationales Netzwerk aufbauen, das sich für Frieden einsetzt, sich gegen das wiederbelebte imperialistische Projekt der USA stellt und für den Lebensunterhalt, ja sogar für das Leben der arbeitenden Bevölkerung kämpft.“

Führende Gewerkschaften in Großbritannien unterstützen das Internationale Meeting am 20. Juni

Unter ihnen die nationalen Gewerkschaften NEU (Bildung), RMT (Schienen- und Seeverkehr), TSSA (Verkehr), PCS (Öffentlicher Dienst) und BFAWU (Lebensmittel).

Darüber hinaus haben fast 60 Ortsverbände, Gewerkschaftsräte und andere lokale Organisationen ihre Unterstützung beschlossen und werden Delegierte zum Meeting in London entsenden.

Stop the War Coalition

... im Internet: <https://www.stopwar.org.uk/>

... auf Facebook: <https://www.facebook.com/stopthewarcoalition>

... auf YouTube: <https://www.youtube.com/user/StoptheWarCoalition>



Unterstützt die Konferenzen gegen den Krieg mit Spenden!

Aus Deutschland werden Delegierte, Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, Aktive der Friedensbewegung an der Konferenz in London teilnehmen. Diese Delegation und die Vorbereitungskonferenz am 30. Mai in Berlin finanzieren sich allein aus Spenden der Unterstützer dieser Aktivitäten (ohne Subventionen von Sponsoren jeder Art, von Regierungen oder internationalen Institutionen).

Denn: Nur die Selbstfinanzierung garantiert die politische Unabhängigkeit und die freie und demokratische Diskussion.

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, diese Aktivitäten – je nach Euren Möglichkeiten – finanziell zu unterstützen.

Nur durch diese solidarische Aktion können solche internationalen Konferenzen erfolgreich realisiert werden.

Überweist Eure Spende an das Konto **Karla Boulboulle** (bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00)

IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02, **Verwendungszweck:** Konferenz 30. Mai



Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW)
Für Frieden und soziale Gerechtigkeit



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Initiative „Arbeit und Gewerkschaft beim BSW“ (AGBSW) ist entstanden im Kampf gegen den Krieg und soziale Demontage und setzt sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit ein.

Die Bundesregierung unter Merz bereitet systematisch den Krieg gegen Russland vor. Sie entscheidet für unbegrenzte Kriegskredite, bei gleichzeitigem Kahlschlag gegen den Sozialstaat; alle Gesellschaftsbereiche werden einer zunehmenden Militarisierung unterworfen, die Jugend soll zur Kriegsdienstpflicht eingezogen werden; geplant ist ab 2026 die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, die Angriffswaffen mit Hyperschallgeschwindigkeit und hoher Präzision sind, mit einer Reichweite bis Moskau und weit ins russische Hinterland. Über ihren Einsatz entscheidet allein das US-Militär.

Ein solche Politik ist unvereinbar mit allen sozialstaatlichen Errungenschaften und der Demokratie. Der Weg geht in die Kriegswirtschaft, der alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereiche unterworfen werden.

Das wäre unvereinbar mit der Existenz vom Staat unabhängiger Gewerkschaften.

Umso wichtiger ist es, dass sich gegen die kriegstreibende Politik der Regierungen Merz, Macron und Starmer – unter der Führung von Trump - ein internationales Netzwerk für den Frieden, für soziale Gerechtigkeit aufbauen will.

In diesem Sinne unterstützen wir die Londoner Konferenz und werden mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen, die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die im Widerstand gegen die Kriegspolitik stehen, in einem internationalen Netzwerk zu verbinden.

Berlin, 25. April 2026, die Koordination des AGBSW

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft** ist eine Plattform für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Partei Die Linke.



Der Kampf gegen den Krieg braucht eine internationale Vernetzung

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei Die Linke begrüßt die Internationale Friedenskonferenz, die am 20. Juni 2026 in London stattfindet und ruft die in unserer Partei organisierten Gewerkschafter_Innen dazu auf, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Wir erleben, dass die Politik der Zeitenwende zum Frontalangriff auf die Klasse der Lohnabhängigen wird. Die Bundesregierung bereitet derzeit die schärfsten Sozialkürzungen in der Geschichte dieses Landes vor, um ihre wahnsinnige Aufrüstung zu finanzieren. Sie holt sich das Geld für Panzer, Raketen und Drohnen bei Bürgergeldempfänger_Innen, Rentner_Innen und abhängig Beschäftigten. Achtstundentag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Vorkasse bei Arztbesuchen - Schwarz-Rot hat offenbar sämtliche Denkverbote abgelegt. (...)

Unsere Erfahrungen und Kämpfe müssen sich international vernetzen. Tausende Friedensaktivist_Innen und Gewerkschafter_Innen aus der ganzen Welt werden am 20. Juni nach London kommen, um gemeinsam deutlich zu machen: Es reicht! Gegen die Völkerrechtsbrüche, Auslöschungsandrohungen, Kriegsertüchtigungen und Austeritätspolitik unserer Regierungen müssen wir eine länderübergreifende Bewegung von unten setzen. Hoch die internationale Solidarität!

Berlin, 18. April 2026

Informationen

über das Internationales Meeting gegen Krieg in London am 20. Juni bei der Stop the War Coalition unter:

<https://www.stopwar.org.uk/article/the-wolf-is-at-the-door-international-call-for-london-peace-conference/>

Tickets für das Meeting unter:

<https://www.tickettailor.com/events/stopthewarcoalition/2029668>

Gesamtliste der Unterzeichner des Aufrufs für das Internationale Meeting: <https://contrelaguerre.fr/>

In Deutschland: <https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/meeting-london-20-6-2026/>



INTERNATIONAL CONFERENCE

**AGAINST
WAR**

SATURDAY 20 JUNE 2026, LONDON

Wir unterstützen das Internationale Meeting in London...



Brigitte Klein, Lehrerin Heilbronn

»Als Lehrerin erlebe ich Jugendliche, die zum Teil tief verunsichert sind. Auf der einen Seite sollen sie funktionieren, möglichst klaglos 10 Stunden am Tag in die Schule gehen, Aufgaben machen, leistungs- und zukunftsorientiert sein. Auf der anderen Seite erleben sie verwaahlte Schulen, manchmal wochenlangen Unterrichtsausfall; viele verlassen die Schule ohne Abschluss, finden keinen Ausbildungsplatz oder werden als Billigarbeitskräfte in Praktika missbraucht. Dazu hören sie Vorwürfe, dass sie nicht genug arbeiten würden.

Brigitte Klein ist Gewerkschafterin (GEW) und Mitglied im Heilbronner Friedensrat

Und jetzt sollen sie auch noch bereit sein, sich an der Waffe ausbilden zu lassen und in den Krieg zu ziehen, zu töten, für eine Regierung, die sich nicht für ihre Sorgen interessiert, die ihnen die Zukunft verweigert. Ja, die Jugendlichen, die auf die Straße gehen und Nein sagen zur Kriegsdienstpflicht, die den Kriegsdienst verweigern, haben Recht mit ihrem Widerstand.

Die Jugend will und braucht eine Stimme und eine Zukunft. Es geht um eine gerechte und soziale Gesellschaft.

Darüber müssen wir diskutieren. Deshalb nehme ich an der Konferenz in Berlin am 30. Mai teil, die eine gute Gelegenheit ist, sich auszutauschen und zu diskutieren und fahre zur großen Antikriegskonferenz in London.«

Jonas Winkler, Jugend gegen Krieg und Sozialabbau

»In ganz Deutschland erhebt sich die Jugend gegen die Kriegstreiberei der Regierung Merz. In über 90 Städten haben am 5. Dezember 2025 die SchülerInnen gegen eine Kriegsdienstpflicht gestreikt und demonstriert. Der Widerstand ist ungebrochen. Am 5. März 2026 waren wieder über 50.000, dieses Mal in 150 Städten, auf der Straße: „Geld für Schulen, Unis, Soziales statt für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung“.

Wir stehen nicht allein mit unserem Nein zum Krieg und Sozialabbau. „Keinen Cent, keine Waffen, kein Leben für den Krieg!“ Das ist die Losung einer europäischen Initiative.

Über 850 Jugendliche in Frankreich haben einen Aufruf unterstützt:

„Wir werden nicht in den Krieg ziehen: Wir, Schüler, Studenten und junge Arbeiter, sagen: Nein zum Militärdienst! Macron, wir wollen deinen Krieg nicht!“

Diesem Aufruf haben Jugendliche aus Deutschland geantwortet:



Nein zum Krieg! Nein zum Kriegsdienst!

Während der Krieg in der Ukraine seit über vier Jahren tobt, Millionen Menschenleben fordert und unzählige Verletzte; während tödliche Konflikte in ganz Afrika sich ausbreiten; während der Völkermord in Palästina seit fast drei Jahren andauert; und während Israel den Libanon unerbittlich weiter bombardiert, liefert die deutsche Regierung weiter Waffen an Israel und gibt 12 Mrd. Euro 2026 für finanzielle und militärische Hilfe an die Ukraine, werden deutsche UNO-Soldaten im Libanon getötet, viertausend in das Baltikum geschickt zur Verstärkung des Krieges gegen Russland.

Die Regierung Merz investiert Milliarden in die Aufrüstung und fördert die Kriegswirtschaft. Auf Kosten des sozialen Kriegs, der Demontage des Sozialstaats, des Kaputtsparens von Schulen und Universitäten, von Krankenhäusern, öffentlichen Dienst und Kommunen. Minderjährige werden eingezogen; Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, bietet die Bundeswehr Ausbildung und Lohn.

Die Jugend erhebt sich in Streiks und Demonstrationen gegen den Kriegsdienst und Bundeswehr in den Schulen und Universitäten, für Zivilklauseln gegen Militärforschung an den Hochschulen.

Wir SchülerInnen und Studierende, junge ArbeiterInnen, antworten der Regierung Merz/Klingbeil:

Nein zum Krieg! Nein zum Kriegsdienst!

Wir marschieren nicht in den Krieg, um zu töten und getötet zu werden!

Hrsg.: Jugend gegen Krieg und Sozialabbau, Jonas Winkler

JugendGegenKriegUndSozialabbau@gmail.com

Kontakt und Unterschriften bitte mit Angabe des Namens und der eigenen E-Mail-Adresse an die nebenstehend genannte Mail-Adresse.